
ANFRAGE

zur aktuellen Fragestunde
des Südtiroler Landtages
im Monat November 2021

Bozen, den 19. Oktober 2021

Strafen in Zusammenhang mit Vergehen gegen die Corona-Verordnungen

Die COVID-19-Pandemie führte zu strengen Einschränkungen im öffentlichen Leben, welche u.a. mit Kontrollen und Strafen durch die Ordnungskräfte durchgesetzt wurden.

Die Landesregierung wird um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Wie viele Strafen wurden seit April 2021 bis zum heutigen Tage im Zusammenhang mit der Nichtbeachtung bzw. Nichteinhaltung der Verordnungen und Gesetze zur COVID-19-Pandemiebekämpfung in Südtirol ausgestellt? Es wird um eine Aufschlüsselung nach Ordnungskräften (Staatspolizei, Ortspolizei, Carabinieri, Forstbehörde, Finanzpolizei ...) und Monate gebeten.
2. In welchem Zusammenhang wurden die obigen Strafen ausgestellt und wie viele Fälle betreffen die Missachtung der „Green-Pass-Pflicht“?
3. Wie viele Strafen, wie sie aus Frage 1 hervorgehen, wurden beglichen, wie viele sind noch offen und gegen wie viele wurde Rekurs eingereicht?
4. Wie viele öffentlich zugängliche Lokale (Bars, Restaurants, Nachtclubs etc.) mussten aufgrund der Nichtbeachtung bzw. Nichteinhaltung der Verordnungen und Gesetze zur Pandemiebekämpfung schließen?


L. Abg. Ulli Mair

AKTUELLE FRAGESTUNDE

INTERROGAZIONI SU TEMI DI ATTUALITÀ

Sitzung Nr. 124

seduta n. 124

vom 9.11.2021

del 9/11/2021

Antwort bzw. Zusatzantwort des Landeshauptmannes Kompatscher auf die Anfrage Nr. 14/11/2021, eingebracht von der Abgeordneten Mair

Risposta ovvero risposta aggiuntiva del presidente della Provincia Kompatscher all'interrogazione n. 14/11/2021, presentata dalla consigliera Mair

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zu Frage Nr. 1. Diese Frage ist aus verschiedenen Gründen schwer zu beantworten. Auf der einen Seite ist es leider unmöglich, eine präzise Anzahl anzugeben, weil nicht jede Verwaltungsstrafe, die verhängt wird, an das Land übermittelt wird, sondern nur jene, die nicht spontan bezahlt werden. Wenn die Bezahlung erfolgt, wird die gar nicht mehr ans Land übermittelt. Das Generalsekretariat kann aber eine Einschätzung machen. Laut Mitteilung sind im Zeitraum April bis Oktober 2021 insgesamt 1.400 Strafen übermittelt worden. Da geht es um die Strafen, die nicht spontan bezahlt worden sind. Auf der anderen Seite wird keine Statistik über die verschiedenen Ordnungskräfte geführt. Im Allgemeinen können wir bestätigen, dass alle Ordnungskräfte in dieser Hinsicht tätig sind, wobei man in größeren Gemeinden eine stärkere Tätigkeit der örtlichen Polizeikräfte feststellen kann. Dies ist wahrscheinlich mit der größeren Bevölkerungsanzahl in der Verbindung zu setzen. In Bezug auf die Monate können wir mitteilen, dass die Anzahl der Verwaltungsstrafen, die in den Sommermonaten verhängt worden sind, deutlich niedriger war, da ein Großteil der Strafen die Pflicht des Tragens des Mund- und Nasenschutzes betraf. In den Sommermonaten waren die Menschen ja meistens im Freien, wo keine Pflicht zum Tragen des Mund- und Nasenschutzes bestand. Jetzt, wo die Menschen wieder mehr drinnen sind, wird es wieder häufiger Strafen wegen des fehlenden oder nicht korrekten Tragens eines Mund- und Nasenschutzes geben.

Zu Frage Nr. 2. Ich weise zunächst darauf hin, dass unter den Strafen für die Missachtung der Green-Pass-Pflicht nur jene in die Zuständigkeit des Landes fallen, die an die Bevölkerung im Allgemeinen verhängt werden, wenn der Green Pass also für die Teilnahme an einer Tätigkeit vorgesehen ist, sprich Kinobesuch, Hockeyspiel usw. Jene, die in Bezug auf die Verletzung der Pflicht der grünen Bescheinigung am Arbeitsplatz verhängt werden, fallen laut staatlichem Gesetz in die Zuständigkeit des Regierungskommissariats. Diese Daten müssen wir also angefordert, und das haben wir inzwischen auch gemacht. Dies vorausgeschickt, ist es schwierig zu sagen, wie viele Übertretungen der Green-Pass-Pflicht es gegeben hat. Wir haben von den Ordnungskräften einige Mitteilungen erhalten, aber die Angaben sind noch unvollständig. Für die Spontanzahlung eines Vorhaltungsprotokolls beträgt die Frist 60 Tage. Somit werden wir die meisten erst in den nächsten Wochen erhalten. Die Green-Pass-Pflicht am Arbeitsplatz ist ja noch nicht so lange in Kraft.

Zu Frage Nr. 3. Ich schicke voraus, dass die Rekurse und Verteidigungsschriften, welche der Sanktionierte in Bezug auf ein Vorhaltungsprotokoll der Ordnungskräfte bei der zuständigen Verwaltungsstruktur – in diesem Fall beim Land – einreichen kann, gemeint sind und nicht der spätere Rekurs beim Friedensrichter. Das muss unterschieden werden, denn der ist ja auch noch möglich. Wie in Antwort zu Frage Nr. 1 erklärt, werden die Strafen, die spontan beglichen werden, nicht an das Land übermittelt. Im letzten Monat wurden ungefähr 300 Rekurse überprüft, die sich auf Strafen beziehen, die im angeführten Zeitraum verhängt wurden. Ungefähr 90 Rekurse sind noch offen.

Zu Frage Nr. 4. Wie viele öffentlich zugängliche Lokale (Bars, Restaurants, Nachtclubs etc.) mussten aufgrund der Nichtbeachtung bzw. Nichteinhaltung der Verordnungen und Gesetze zur Pandemiebekämpfung schließen? Sechs.

Ich möchte noch ergänzend sagen, dass es ein enormer Verwaltungsaufwand ist. Wir bekommen sehr viele Rekurse und Verteidigungsschriften, wobei die Leute mit Anwälten vorstellig werden, um eine Diskussion zu führen. Deshalb hatten wir hier nicht genügend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mittlerweile arbeiten hier auch Leute, die sonst andere Dienste versehen. Es sind zwei Damen, die das machen und völlig ausgelastet, um nicht zu sagen überlastet sind.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ja, es gibt das Phänomen auch bei den Ordnungskräften, dass Mitarbeiter vom Dienst suspendiert sind. Es hält sich aber in Grenzen. Ich hatte kürzlich die Gelegenheit, sowohl mit dem Landesoberkommandanten der Finanzwache als auch mit jenem der Carabinieri zu sprechen. Es sind weniger als zwei Prozent, aber es gibt sie.

Das Problem ist, dass die Ordnungskräfte schon vorher genügend ausgelastet werden. Wir haben insgesamt zu wenig Ordnungskräfte für die vielfältigen Aufgaben. Ich erinnere an die ganze Sicherheitsdebatte, wo wir ja auch immer wieder festgestellt haben, dass es dafür schon zu wenige waren. Inzwischen geht auch mit Covid das Leben weiter. Es gab eine Zeit lang einen Einbruch der Straftaten, aber auch dieser Bereich muss bewältigt werden. Und jetzt kommt das dazu. Das Problem ist tatsächlich da, das heißt wir sind nicht in der Lage, ständig und überall zu kontrollieren. Es geht ja auch um eine Kontrolle jener, die die Kontrolle machen müssten. Es gibt die Pflicht des Arbeitsgebers, des Lizenzinhabers, des Dienstleistungsinhabers usw. Hier haben wir mit den Verbänden zusammengearbeitet. Natürlich braucht es Strafen, damit es die Menschen verstehen.

Ein Letztes noch. Ich habe mit meiner Aussage nicht an ein Denunziantentum gedacht und das soll auch nicht die Botschaft sein. Sie geben mir die Gelegenheit, das noch einmal zu präzisieren. Aus meiner Sicht ist es durchaus mein Recht als Kunde, einen gewissen Sicherheitsstandard verlangen zu können. Der ist ja durch Verordnungen, Gesetze usw. vorgeschrieben. In einem Restaurant muss ich mich darauf verlassen können, dass kontrolliert wird. Das ist mein Recht als Kunde und das ist Teil der Dienstleistung. Ich hoffe, dass das irgendwann nicht mehr der Fall sein wird, aber momentan gehört es dazu. Es gibt das Recht zu sagen: "Ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie hier nicht kontrollieren." Das wird nicht jedermanns und jederfrau Sache sein, aber wer diesen Mut aufbringt, soll es durchaus tun. Es geht also nicht um Denunziantentum.



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

AKTUELLE FRAGESTUNDE

Sitzung Nr. 124

vom 9.11.2021

**Zusatzfrage der Abgeordneten
Mair auf die Antwort des Landeshaupt-
mannes Kompatscher auf die Anfrage
Nr. 14/11/2022**

INTERROGAZIONI SU TEMI DI ATTUALITÀ

seduta n. 124

del 9/11/2021

**Domanda aggiuntiva della consigliera Mair
alla risposta del presidente della Provincia
Kompatscher all'interrogazione
n. 14/11/2021**

MAIR (Die Freiheitlichen): Danke, Herr Landeshauptmann! Ich möchte Sie bitten, die Antwort in schriftlicher Form ausgehändigt zu bekommen.

Ich möchte eine Zusatzfrage stellen. Es gibt in der Tat Bürgerinnen und Bürger, die nach mehr Kontrollen rufen. Ich habe in den letzten drei Wochen entsprechende E-Mails erhalten. Sie haben heute im Rahmen der Covid-Debatte gesagt, dass Zivilcourage von Kunden, die ein Lokal betreten, gefordert sei. Das ist ein schwieriges Unterfangen, das heißt, dass Kunden einen Gastwirt anzeigen oder mit ihm auf Konfrontation gehen, wenn er nicht kontrolliert. Es sind viele Lokale bekannt, in denen keine Kontrollen stattfinden. Haben wir überhaupt das Personal, um Kontrollen flächendeckend durchzuführen? Ich höre immer wieder, dass bei den Sicherheitskräften dieselbe Situation herrscht wie in der gesamten Gesellschaft. Auch dort gibt es solche, die sich entweder krankschreiben lassen haben, vom Dienst suspendiert wurden usw. Vielleicht wissen Sie aus dem Stehgreif, wie es diesbezüglich aussieht. Ich lehne ein Denunziantentum innerhalb der Gesellschaft ab. Die Landesregierung spricht immer wieder von Kontrollen, die im Endeffekt aber nicht stattfinden. Woran liegt das?